

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 11.11.2009**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:05 Uhr bis 19:05 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Frau Katharina Rommel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	Herr Dr. Fikentscher
Frau Martina Wildgrube	FDP	
Herr Manfred Sommer für Halle	MitBÜRGER	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS	
90/DIE GRÜNEN		
Herr Christian Anton	SKE	
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE	
Herr Niels Kaltwaßer	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	Vertretung durch Herrn Klaus Hopfgarten
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE	
Herr Stefan Schulz	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. 1. Satzung zur Änderung der "Abfallgebührensatzung der Stadt Halle vom 28.01.2009"
Vorlage: V/2009/08192
 - 4.2. Abschluss von Zweckvereinbarungen zur Wahrnehmung einer einheitlichen Wasserver- und Abwasserentsorgung im gemeindeübergreifenden Industriegebiet an der A 14
Vorlage: V/2009/08368
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Umweltzentrum Franzigmark erhalten
Vorlage: V/2009/08253
 - 5.2. Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erhaltung des Standortes der Öko-Schule Halle-Franzigmark am Schulumweltzentrum Franzigmark
Vorlage: V/2009/08257
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
 - 6.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwendung von Recyclingpapier
Vorlage: V/2009/08244
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Vorsitzende des Ausschusses, **Herr Paulsen**, eröffnet die Sitzung, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Herr Paulsen schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.2 in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten zu behandeln, da diese Thematik durch Verweisung aus dem Stadtrat zunächst im Bildungsausschuss behandelt wird.

Herr Paulsen bat die Verwaltung, unter Pkt. 7 der Tagesordnung über das Thema „Stadtwache“ zu diskutieren.

Der bestehenden Tagesordnung wird unter diesen Änderungen einstimmig **zugestimmt**.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Protokoll:

Herr Paulsen bittet um Genehmigung zur Niederschrift. Nach Klärung von Irritationen hinsichtlich der umgesetzten Anregung aus der Sitzung am 15.10.2009, die (ehemaligen) Tagesordnungspunkte Mitteilungen und Informationen betreffend, wendet Herr Hopfgarten ein, dass die Antwort der Verwaltung zu seiner mündlichen Anfrage vom 15.10.2009 nicht das von ihm aufgeworfene Problem erfasse. Ihn ging es nicht um das Problem der verbotswidrig abgelagerten Abfälle im nördlichen Bergschenkenweg, sondern um den Wildwuchs, der aus den Gartenanlagen in diesen Weg hineinragt und in welchem sich Müll ansammelt.

Herr Johannemann nimmt dieses Problem nochmals zur Klärung mit, eine entsprechende Information wird nach Rücksprache mit den betroffenen Vereinen der anliegenden Kleingartenanlagen im Ausschuss erfolgen.

Der Niederschrift vom 15.10.2009 wird, bei 1 Enthaltung, mehrheitlich **zugestimmt**.

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **1. Satzung zur Änderung der "Abfallgebührensatzung der Stadt Halle vom 28.01.2009"** Vorlage: V/2009/08192

Protokoll:

Der **Ausschussvorsitzende** übergibt das Wort an **Herrn Johannemann**, der die Hintergründe für diese Satzungsänderung erläutert. Insbesondere, warum die Abfallgebühren im Jahr 2010 steigen werden, erläutert. Er gibt das Wort an **Frau Franz** weiter, die konkrete Ausführungen zu den steigenden Restmüllgebühren macht. Die Personengebühren bleiben auch in 2010 stabil. Der Zuwachs bei den Restmüllgebühren ist der Tatsache geschuldet, dass es sowohl Mindereinnahmen aufgrund der Unterdeckung zwischen Kosten und Gebühreneinnahmen gibt, als auch drei neue Positionen in die Kalkulation einfließen. Zum Einen ist eine Hallenerweiterung für den nunmehr erforderlichen kompletten Umschlag des Hausmülls erforderlich. Durch die geänderte Transportlogistik erhöht sich der Aufwand durch 100 %igen Umschlag auf Großcontainerfahrzeuge. Letztlich ist der Umtausch der Deckel der 1100 Liter Müllgroßbehälter (durch Deckel mit einer Kindersicherung gemäß DIN EN 840-6/A1) aufgrund von tödlichen Unfällen dringend empfohlen.

Herr Scholtyssek stellt die Frage nach der Herkunft der Mindereinnahmen und danach, warum der Vertrag zwischen Stadt und RAB von 2003 nicht weitergeführt wird. Nach Erteilung des Redrechts nahm **Herr Lux** dazu Stellung. Er betont, dass die dieses Jahr erfolgte Ausschreibung mit ihrem sehr guten Ergebnis des Behandlungsentgeltes eine sehr deutliche Absenkung der tatsächlichen Kostenentwicklung erreicht. In fast allen Abfallfraktionen ist ein leichtes Ansteigen des Abfallanfalls (über das Behältervolumen) zu verzeichnen. Der Vertrag mit dem neuen Entsorger wird zunächst für ein Jahr geschlossen. Eine Entscheidung über die weitere Gestaltung der Entsorgung darüber hinaus dürfte am Ende des I. Quartals fundiert möglich sein.

Im Verlauf der intensiv geführten Diskussion stellt **Herr Paulsen** die Frage, ob eine personenbezogene Aussage zum Restabfallanfall pro Person möglich sei. Diese möchte **Herr Misch** für alle Abfallfraktionen getroffen wissen. Diese Aussage wird von **Frau Franz** zugesichert.

Eine grafische Übersicht über den Anfall spezifischer Abfallmengen wird diesem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

Abstimmungsergebnis: Der Beschlussvorlage wird –**einstimmig**- zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die 1. Satzung zur Änderung der „Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) vom 28.01.2009 wird beschlossen.

zu 4.2 Abschluss von Zweckvereinbarungen zur Wahrnehmung einer einheitlichen Wasserver- und Abwasserentsorgung im gemeindeübergreifenden Industriegebiet an der A 14
Vorlage: V/2009/08368

Protokoll:

Der **Ausschussvorsitzende** übergibt das Wort an **Herrn Johannemann** zur Einführung in das Thema. Ausgangspunkt für diese Zweckvereinbarungen ist die Entwicklung des Industriegebietes an der A 14. Dieses soll zu einem gemeindeübergreifenden Industriegebiet aufgrund des Städtebaulichen Rahmenvertrages vom 19. / 20. Dezember 2007 zwischen der Stadt Halle, dem Planungsverband „Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A 14“, dem WZV „Saalkreis“, dem AZV Saalkreis-Ost und dem AZV Queis/Dölbau im Rahmen des Bebauungsplans Nr. 1 entwickelt werden.

Zur Erschließung hat die Stadt Halle als Maßnahmeträger Fördermittel aus der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“- Förderung erhalten, wobei eine Kostenbeteiligung der vorgenannten Verbände nicht erfolgt. Der Abschluss dieser Zweckvereinbarungen erfolgt unter dem pragmatischen Gesichtspunkt, dass die hoheitliche Aufgabe der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung aus einer Hand erfolgt und Investoren somit hier auch bei gemeindeübergreifenden Sachverhalten eine Zuständigkeit vorfinden. Die vorliegenden Vertragstexte sind bereits mit dem Landesverwaltungsamt als Kommunalaufsicht abgestimmt, dieses hat seine Zustimmung signalisiert; ein Einverständnis liegt ebenfalls bereits durch den Wasserzweckverband „Saalkreis“ vor.

Abstimmungsergebnis: Der Beschlussvorlage wird **–einstimmig-** zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem Abschluss der Zweckvereinbarungen zur Wahrnehmung der einheitlichen Wasserver- und Abwasserentsorgung im gemeindeübergreifenden Industriegebiet an der A 14 zu.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Umweltzentrum Franzigmark erhalten
Vorlage: V/2009/08253

Protokoll:

Die Tagesordnungspunkte 5. 1 und 5.2 werden auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 3.12.2009 vertagt (siehe unter 2.).

Abstimmungsergebnis: Die Behandlung des Antrages wird auf den nächsten Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 03.12.2009, vertagt.

- zu 5.2 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erhaltung des Standortes der Öko-Schule Halle-Franzigmark am Schulumweltzentrum Franzigmark**
Vorlage: V/2009/08257
-

Abstimmungsergebnis: Die Behandlung des Antrags wird auf den nächsten Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 03.12.2009 vertagt.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Protokoll:

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

- zu 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwendung von Recyclingpapier**
Vorlage: V/2009/08244
-

Protokoll:

Herr Bielecke gibt eine Erläuterung und verweist auf das vorgelegte Zahlenmaterial der Tischvorlage „Verwendung von Recyclingpapier“. Ausgangspunkt waren die im „Papieratlas“ 2009 (Verbrauch für 2008) veröffentlichten Zahlen. Demnach kommen in der Stadtverwaltung Halle (Saale) nur in einem geringen Anteil Recyclingpapiere mit dem Qualitätssiegel „Blauer Engel“ zum Einsatz. Nach Aussage der Verwaltung ist das aber nicht korrekt. Es wird überall dort, wo Recyclingpapier zur Verfügung steht, selbiges auch eingesetzt. Andere Materialien müssten z. B. bei Farbdruckern (aus technischen Gesichtspunkten) eingesetzt werden. Eine lebhafte Diskussion entfaltete sich darüber, ob die lt. Tischvorlage ausgewiesenen Zahlen korrekt seien und damit sich der Antrag der Fraktion erledigt habe oder ob Zweifel dahingehend weiter berechtigt seien, da einige in der Verwaltung verwendete Drucker (Samsung ML-3051 ND) keine Verwendung von Recyclingpapier zulassen. **Herr Dr. Köck** wies dabei darauf hin, dass man eventuell auch an eine Änderung der Geschäftsordnung hinsichtlich der zu versendenden Unterlagen/Vorlagen denken solle: Er schlug vor, Unterlagen einmalig zu versenden und nicht für jede Ausschuss-/Stadtratssitzung gesondert- solange keine Änderungen erfolgen.

Herr Paulsen stellte den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird mehrheitlich
- bei 8 Zustimmungen, 4 Gegenstimmen und keiner Enthaltung-
für erledigt erklärt.

zu 7 **Mitteilungen**

Protokoll:

Herr Halko teilte mit, dass hinsichtlich der Einbeziehung des THW in die Rentenversicherungsverträge für aktive Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren der Stadt Halle (Saale) die Prüfung des Rechtsamts beendet ist. Eine Einbeziehung des THW ist demzufolge möglich.

Frau Ernst erläuterte das Projekt „Prävention durch Präsenz“ (Projekt der ARGE und des Eigenbetriebs für Arbeitsförderung): Hier nehmen Projektteilnehmer vorgefundene Mängel in der städtischen Ordnung auf, dokumentieren diese und leiten diese Mängelanzeigen an eine Stelle im Ordnungsamt weiter. Diese Projektteilnehmer üben dabei aber keinerlei Ermittlungstätigkeit aus, gleichfalls gibt es keinen Kontakt mit Bürgern. Diese Mängelanzeigen nimmt ein Mitarbeiter des Ordnungsamtes auf und leitet diese je nach Sachverhalt den zuständigen Stellen innerhalb der Verwaltung zu. Das Verfahren erfolgt also analog dem Verfahren für Bürgeranzeigen.

Zu diesem Thema entfaltete sich eine angeregte Diskussion, welche von der grundsätzlichen Akzeptanz des mit diesem Projekt verfolgten Anliegens geprägt war. Hinterfragt wurde, welches Aufwand-Nutzen-Verhältnis diesen Projekt immanent ist. Eine derartige Bewertung erfolgt letztlich durch den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung. Der Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten wird sich aber zu gegebener Zeit wieder mit diesem Thema beschäftigen. Schließlich sind Aufgaben dieses Projekts an bestimmter Stelle auch Aufgaben der Stadt bzw. könnten es sein. Seitens der Verwaltung wird diese Projektstätigkeit durchaus als hilfreich eingeschätzt, da durch das schrittweise Zurückfahren der Mitarbeiterzahl für den Bereich der Stadtaufsicht in den letzten Jahren hier ein echter Bedarf an Mitwirkung entsteht.

Herr Dr. Wiegand teilt zum gemeinsamen Projekt der Polizei und des Ordnungsamts „Stadtwache“ mit, dass dieses sich momentan in einer internen Prüfung befindet, aber derzeit so fortgesetzt wird, wie bisher. Gründe und Anlass für eine Infragestellung des Projekts zum derzeitigen Zeitpunkt können nicht genannt werden, man wird sich aber auf einen Termin zur Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses verständigen. Es liegt ein Tätigkeitsbericht für die Stadtwache für den Zeitraum 01.07.2009 bis 30.09.2009 vor, der in der Sitzung erläutert wird und als **Anlage** diesem Protokoll beigefügt wird. Die Kooperationsvereinbarung „Stadtwache“ wird in der nächsten Ausschusssitzung am 03.12.2009 wieder als Thema unter „Mitteilungen“ aufgerufen werden.

Herr Paulsen teilte mit, dass er Rücksprache mit **Herrn Bartl** bezüglich der Absetzung von Tagesordnungspunkten von der Tagesordnung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten durch **Herrn Dr. Pohlack** geführt hat. Dazu wird es ein direktes Gespräch zwischen **Herrn Bartl** und **Herrn Dr. Pohlack** geben, **Herr Paulsen** wird dazu in der nächsten Sitzung des Ausschusses informieren.

zu 8 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Protokoll:

Dazu gibt es mehrere Tischvorlagen: **Frau Krischok** hat auf ihre Anfrage im Ausschuss vom 16.09.2009 durch die Verwaltung nun eine schriftliche Antwort erhalten. Sie merkt an, dass sie keine Stadträtin ist, sondern sachkundige Einwohnerin, aber ansonsten die Antwort der Verwaltung akzeptiert. Ebenso finden die schriftlich erteilten Antworten auf die Frage von **Herrn Scholtyssek** nach den Kosten für die Beleuchtung der Skateranlage in Halle-Neustadt und die Zusicherung der Prüfung für die Tempo 30- Auszeichnung der Ortslage Lettin auf die Anfrage von **Herrn Dr. Fikentscher** Akzeptanz. Die Anfrage von **Herrn Hopfgarten** zum Bewuchs des nördlichen Bergschenkenweges wird durch das Umweltamt geprüft.

Hinsichtlich der Tischvorlage für den Verfahrensstand zur LSG-Verordnung „Saaletal“ wünscht **Herr Scholtyssek** in der nächsten Sitzung des Ausschusses eine inhaltliche Vorstellung des Vorhabens. Es wird geprüft, ob dies möglich ist. Andernfalls wird diese Vorstellung im Januar 2010 erfolgen.

Herr Dr. Fuchs spricht noch einmal das Problem des Staus des Fahrzeugverkehrs aus dem Saalekreis nach Halle- aus Richtung Halle-Neustadt kommend- an. **Frau Schmidt** erläutert, dass ursächlich für diesen Stau der Abbau des grünen Rechtsabbiegepfeils am Glauchaer Platz ist.

Die Anfrage von **Herrn Dr. Fuchs**, warum im Zeitraum vom 02.01.2010 bis 09.01.2010 kein Markt stattfindet und ob zum Weihnachtsmarkt das Eislaufen auf dem Markt wieder stattfindet, wurde in der Sitzung beantwortet. Der Wochenmarkt findet aufgrund der real vorhandenen wenigen Markttag nicht statt. Die Eisbahn wird wie im vergangenen Jahr wieder vorhanden sein.

Frau Krischok äußert die Bitte um Anfügung der Marktordnung und der Satzung der Stadt Halle (Saale) für Volksfeste, Spezial- und Jahrmärkte sowie ähnliche Veranstaltungen an das Protokoll; der Bitte wird entsprochen- siehe **Anlagen**.

Herr Paulsen fragt zur Tischvorlage „Übersicht über Baumfällungen mit einem hohen Öffentlichkeitsinteresse“, zu Pkt 83, ob die Baumaßnahme bereits begonnen hat.

Frau Ruhl-Herpertz erläutert dazu, dass gemäß geltender Baumschutzsatzung der Antragsteller/Bauherr einen Anspruch auf Erteilung der Fällgenehmigung hat. Ein Bauschein liegt nach Kenntnis der Verwaltung bislang nicht vor.

Herr Sommer ist von Anwohnern der Wittekindstraße auf die schlechte Beleuchtung der Wittekindstraße und damit verbundener Gefahren für Anwohner und Passanten angesprochen worden. Eine Prüfung durch die Verwaltung wird erfolgen.

Herr Scholtyssek fragt nach, ob es bei der Stadt bereits Beschwerden über Lärm an der Händelhalle gibt. **Herr Johannemann** äußert, dass dem Umweltamt derzeit keine aktuellen Beschwerden dazu vorliegen, **Herr Dr. Wiegand** bestätigt, dass Beschwerden im Dezernat vorlägen und ein Gespräch mit dem Betreiber der Händelhalle geführt werden soll.

zu 9 Anregungen

Protokoll:

Herr Sommer fragt, inwieweit Vorhaben, welche im Planungsausschuss behandelt werden und umweltrechtliche Relevanz aufweisen, auch im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten behandelt werden können. Da es im Planungsausschuss nicht möglich sei, über Umweltschutzbelange ausführlich zu sprechen, möchte er dies in diesem Ausschuss tun.

Herr Paulsen erklärt, dass der Ausschuss die Anregung aufnehmen wird und umweltrechtlich interessante bzw. brisante Themen an sich heranziehen wird.

Herr Paulsen beendete aufgrund keiner weiteren Anregungen den öffentlichen Teil der Sitzung. Er bittet die anwesenden Gäste zur Fortsetzung des nichtöffentlichen Teils, den Sitzungsraum zu verlassen. Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

Für die Richtigkeit:

Datum: 02.12.09
